

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	XVII
1. Kapitel: Einleitung.....	1
A. Bedeutung der Europäischen Ermittlungsanordnung in Strafsachen	1
B. Gegenstand der Untersuchung.....	4
C. Gang der Darstellung	13
2. Kapitel: Regelungsgehalt und Reichweite der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen	15
A. Allgemeine Bestimmungen	15
I. Anordnungsstaat und Anordnungsbehörde	15
II. Vollstreckungsstaat und Vollstreckungsbehörde	16
III. Bindung der Justizbehörden an Artikel 6 EUV.....	17
IV. Schutzgarantien der Vertraulichkeit und des Schutzes personenbezogener Daten	18
V. Übermittlung der Europäischen Ermittlungsanordnung	21
VI. Kosten	23
VII. Straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Ermittlungsbeamten	24
B. Anordnung.....	26
I. Inhalt und Modalitäten der Anordnung.....	26
1. Definitionen	26
2. Anwendungsbereich.....	28
3. Verfahren	29
4. Inhalt und Form der Europäischen Ermittlungsanordnung	30

5.	Bedingungen für den Erlass und die Übermittlung.....	33
6.	Ergänzende Europäische Ermittlungsanordnung	37
II.	Antragsrecht des Beschuldigten.....	37
C.	Anerkennung und Vollstreckung.....	38
I.	Grundsatz der Anerkennungs- und Vollstreckungspflicht	38
II.	Abkehr vom locus regit actum-Grundsatz	40
III.	Gemeinsames Vorgehen von Anordnungs- und Vollstreckungsbehörde	43
IV.	Fristenbindung	44
V.	Weitere Modalitäten der Vollstreckung	46
VI.	Übermittlung der Beweismittel.....	47
VII.	Ausnahme: Rechte der Vollstreckungsbehörde – Einschränkung der gegenseitigen Anerkennung.....	48
1.	Konsultationsrecht	48
2.	Rückgaberecht	49
3.	Aufschubrecht	49
4.	Rückgriffspflicht.....	50
5.	Versagungsrecht als <i>ultima ratio</i> : Die Versagungsregelung der Richtlinie (Artikel 11).....	57
a)	Neu eingeführte Versagungsgründe	60
b)	Versagungsgründe der traditionellen Rechtshilfe	64
c)	Bewertung.....	70
D.	Anordnung und Vollstreckung spezifischer Ermittlungsmaßnahmen	71
I.	Besondere Ermittlungsmaßnahmen	71
1.	Systematische Betrachtung	71
2.	Zeitweilige Überstellung inhaftierter Personen und Vernehmung per Videokonferenz: Auswirkungen auf die Anwendbarkeit des Europäischen Haftbefehls	74
3.	Informationen über Finanzkonten und Finanzgeschäfte	83
4.	Ermittlungsmaßnahmen zur Erhebung von Beweismitteln in Echtzeit	86
5.	Verdeckte Ermittlung.....	87
6.	Telekommunikationsüberwachung	88
II.	Vorläufige Maßnahmen	93

E.	Rechtsbehelfe des Verdächtigen oder Beschuldigten	93
I.	Inhalt und Umfang der Rechtsbehelfsregelung der Richtlinie (Artikel 14)	93
II.	Zweistufigkeit des Rechtsbehelfssystems der Richtlinie	97
F.	Zwischenergebnis	101
I.	Novation der Richtlinie	101
II.	Die Beschuldigtenstellung im Rahmen der Richtlinie	103
3.	Kapitel: Entwicklung und Kontext der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen – Ersetzung der traditionellen Rechtshilfe im Hinblick auf die grenzüberschreitende Beweiserhebung	105
A.	Fortschritt der Richtlinie: von der Rechtshilfe zur gegenseitigen Anerkennung?	106
I.	Zum europäischen Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	106
1.	Konzeption	106
2.	Entwicklung	109
3.	Gegenseitiges Vertrauen	110
II.	Kritik an der Übertragung des Anerkennungsprinzips auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	112
III.	Zwischenergebnis	117
IV.	Ermächtigungsgrundlage der Richtlinie (Artikel 82 Abs. 1 lit. a) RL EEA)	118
V.	Richtlinienbestimmungen der gegenseitigen Anerkennung	120
VI.	Die Richtlinie: Tatsächlich ein Instrument der gegenseitigen Anerkennung?	121
B.	Konkurrenzregelung der Richtlinie (Artikel 34)	125
C.	Bisherige Instrumente und Entwicklungen der Rechtshilfe in Strafsachen und ihr Verhältnis zur Richtlinie	127
I.	Europäische Übereinkommen des Rates über die Rechtshilfe in Strafsachen	129
II.	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der EU	133

III.	Tampere-Tagung des Europäischen Rates	135
IV.	Schengen- <i>Acquis</i>	138
V.	Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten	143
VI.	Rahmenbeschluss über die Vollstreckung von Entscheidungen zur Sicherstellung von Vermögensgegenständen und Beweismitteln in der Europäischen Union.....	162
VII.	Rahmenbeschluss über die Europäische Beweisordnung.....	166
1.	Die Europäische Beweisordnung als unvollkommenes Vorgängerinstrument der Europäischen Ermittlungsanordnung.....	166
2.	Fazit	178
VIII.	Grünbuch der Kommission zur Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaat	178
IX.	Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.....	181
X.	Das Stockholmer Programm des Europäischen Rates: Vertrauensbildung als Grundlage der gegenseitigen Anerkennung.....	187
1.	Stockholmer Programm des Europäischen Rates.....	187
2.	Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren	191
3.	Bisherige Sekundärinstrumente des Beschuldigtenschutzes in Umsetzung des Stockholmer Programms: Querschnittsrichtlinien	193
4.	Fazit	202
D.	Zwischenergebnis.....	204
E.	Das Gesetzgebungsverfahren: Hinweise zum Verständnis der Richtliniengabe.....	205
I.	Verhandlung des Richtlinienentwurfs.....	205
1.	Belgische Initiative einer Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen	206
2.	Verhandlungsschwerpunkte	209
3.	Positionen der Richtlinienverhandlungen	211
4.	Abstimmung.....	225
II.	Zwischenergebnis	226

F.	Das Richtlinienziel der Vereinheitlichung der sonstigen Rechtshilfe...	228
I.	Räumlicher Anwendungsbereich: Die Positionen Englands, Dänemarks und Irlands	228
II.	Sachlicher Anwendungsbereich.....	230
III.	Zwischenergebnis	232
4.	Kapitel: Umsetzung der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen in das deutsche Recht.....	235
A.	Umsetzungsregelungen der Richtlinie.....	235
B.	Anforderungen an den deutschen Gesetzgeber infolge der Rechtsformwahl einer Richtlinie	237
I.	Zielverbindlichkeit: Die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zur Erlangung von Beweismitteln von den Mitgliedstaaten.....	237
1.	Umsetzungsrahmen.....	237
2.	Richtlinienkonforme Auslegung	238
II.	Wahlrecht der Form und der Mittel	240
1.	Ausgestaltung des Umsetzungsspielraums	240
2.	Grenze des Umsetzungsspielraums: Umsetzung in Form der RiVAST	242
C.	Umsetzungsüberschneidung: Die ausstehende Umsetzung des Rahmenbeschlusses der Europäischen Beweisverordnung.....	245
I.	Stand der Umsetzung des Rahmenbeschlusses über die Europäische Beweisverordnung	245
II.	Konsequenz.....	247
D.	Anforderungen der verschiedenen Ebenen des europäischen Grundrechtsschutzes an die Umsetzung der Richtlinie	248
I.	Anforderungen der Menschenrechtskonvention, insbesondere des fair-trial Gebots.....	250
II.	Anforderungen der Grundrechtecharta	255
III.	Anforderungen des Grundgesetzes: Grundrechtsschonende Ausfüllung des Umsetzungsspielraums	257

E.	Implementierung der Richtlinie	260
I.	Zehnter Teil des IRG	260
II.	Die sonstige Rechtshilfe im Rahmen des IRG	263
1.	Die sonstige Rechtshilfe des vertragslosen Verkehrs.....	264
2.	Der sonstige Rechtshilfeverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.....	269
F.	Besonderer Umsetzungsbedarf im Hinblick auf die Beschuldigtenrechte.....	272
I.	Umsetzung der Verhältnismäßigkeitsbestimmung(en) der Richtlinie.....	272
II.	Umsetzung in Form eines eigenständigen Antragsrechts des Verdächtigen oder Beschuldigten	277
III.	Anforderungen des Richtervorbehalts: Validierung durch die Staatsanwaltschaft, ohne dass Gefahr in Verzug droht?	281
IV.	Umsetzung der grundsätzlichen Vollstreckungspflicht und der abweichenden Rechte der Vollstreckungsbehörde.....	283
1.	Umsetzung der Vollstreckungspflicht.....	283
2.	Umsetzung des Aufschubrechts	283
3.	Umsetzung des Rückgriffsrechts	284
4.	Umsetzung des Versagungsrechts.....	286
V.	Umsetzung der Rechtsbehelfe.....	292
1.	Fortführung des Rechtsbehelfssystems der traditionellen Rechtshilfe	292
2.	Alternativen	296
3.	Brückenkopfmodell.....	297
5.	Kapitel: Mittelbarer Rechtsschutz – Beweisverwertung infolge der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen	301
A.	Problematik des rechtshilferechtlichen Auslandsbeweises.....	301
I.	International-arbeitsteiliges Vorgehen: Trennung von Beweiserhebung und Beweisverwertung	301
II.	Alternativen	305
B.	(Fehlende) Beweisverwertungsbestimmungen der RL EEA	307

C.	Beweisverwertung im Rahmen des arbeitsteiligen Vorgehens nach dem <i>lex fori regit actum</i> -Ansatz	309
I.	Mindestanforderungen des EGMR an die Beweisverwertung	310
II.	Mindestanforderungen des EuGH an die Beweisverwertung	311
III.	Anforderungen der nationalen Rechtsprechung an die Beweisverwertung	313
1.	Grundsatz der Erledigung von Rechtshilfersuchen nach dem Recht des ersuchenden Staates.....	313
2.	Die Verwertbarkeit bemisst sich nach dem Recht des Anordnungsstaates	314
3.	Unverwertbarkeit aufgrund des Rechts des Anordnungsstaates oder völkerrechtlicher Grundsätze	315
4.	Unverwertbarkeit aufgrund individualschützender Richtlinienbestimmungen	316
5.	Unverwertbarkeit aufgrund eines insgesamt unfairen Strafverfahrens infolge einer Europäischen Ermittlungsanordnung (Artikel 6 Absatz 1 EMRK)	321
6.	Keine zusätzliche Kontrollpflicht des Anordnungsstaates hinsichtlich bereits erhobener Beweismittel	322
D.	Verwertbarkeitsprobleme infolge einer EEA	324
I.	Verstoß der Vollstreckungsbehörde gegen die in der EEA angegebenen Form- und Verfahrensvorschriften.....	324
II.	Vollstreckung in Missachtung des vollstreckungsstaatlichen ordre public	325
III.	Verstoß der Anordnungsbehörde bei der Angabe von Form- und Verfahrensvorschriften	325
IV.	Verstoß der Behörden gegen das Recht des Anordnungs- und des Vollstreckungsstaates.....	326
V.	Verstoß der Vollstreckungsbehörde gegen das Recht des Anordnungsstaates und Konformität mit dem Recht des Vollstreckungsstaates.....	326
VI.	Verstoß der Vollstreckungsbehörde gegen ihr eigenes Recht und Konformität mit dem Recht des Anordnungsstaates.....	328
VII.	Verstoß der Anordnungs- oder Vollstreckungsbehörde gegen individualschützende Bestimmungen der Richtlinie.....	329
E.	Zwischenergebnis	331

6. Kapitel: Schlussbetrachtung – Rechtshilferechtlicher Bewusstseinswandel?	333
A. Die einheitliche zwischenstaatliche und europäische Ermittlungszusammenarbeit durch eine zukünftige Europäische Staatsanwaltschaft als Zukunftsmodell	333
B. Weiterentwicklung des Rechtshilferegimes: Vereinheitlichung der grenzüberschreitenden Beweisgewinnung durch ein Instrument der gegenseitigen Anerkennung?	336
C. Die neue Stellung der Beschuldigtenrechte: Notwendiges Korrektiv im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung	338
Literaturverzeichnis	341

Die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
Umsetzungsanforderungen für den deutschen
Gesetzgeber

Leonhardt, A.

2017, XX, 349 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-15871-2